

**Bebauungsplan „Rechenzentrum Seefeld“**  
(bisheriger Titel: „Gewerbepark Seefeld II“)  
der Stadt Werneuchen

# Wesentliche umweltbezogene Stellungnahmen

## 1.) Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Behörde	Datum	Wesentliches Schutzgut
Landkreis Barnim, Untere Naturschutzbehörde	23.02.2024	Biotope, Fauna und Lebensräume
Landkreis Barnim, Untere Wasserbehörde	23.02.2024	Oberflächen- und Grundwasser
Landesamt für Umwelt	23.02.2024	Mensch (Immissionsschutz)
50Hertz Transmission GmbH	23.02.2024	Mensch (Immissionsschutz)

Stellungnahmen aus der frühzeitigen  
Beteiligung der Träger öffentlicher  
Belange



Paul-Wunderlich-Haus • Am Markt 1 • 16225 Eberswalde

W.O.W. Kommunalberatung und  
Projektbegleitung GmbH  
Louis-Braille-Straße 1  
16321 Bernau bei Berlin

## **STELLUNGNAHME DES LANDKREISES BARNIM ALS TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE**

**Stadt Werneuchen**

**B-Plan „Gewerbepark Seefeld II“**

**Vorentwurf**

**Anschreiben eingegangen am 23.01.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beteiligung zum o.g. Vorhaben danken wir.

### **I Fachbehördliche Stellungnahme**

- 1 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (Einwendung, Rechtsgrundlage, Möglichkeiten der Überwindung):**

Keine

- 2 Hinweise und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem Vorhaben, gegliedert nach Sachkomplexen:**

#### **2.1. Bauordnungs- und Planungsamt**

Ansprechpartnerin Planung ist Frau Hieronimus,  
Tel. 03334 214-1707  
Ansprechpartnerin Bauordnung ist Frau Heese,  
Tel. 03334 214-1365

Im westlichen Teil des Geltungsbereiches ist eine naturnahe Überflutungsfläche festgesetzt. Diese ist näher zu definieren.

### **Der Landrat**

**Bauordnungs- und  
Planungsamt  
Planung**

Paul-Wunderlich-Haus  
Am Markt 1  
16225 Eberswalde  
Bearbeiter/-in Julia Hieronimus  
Raum R.102.3  
Telefon 03334 214 1707  
Telefax 03334 214 2707  
1707@kvbarnim.de

23. Februar 2024

Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
00231-2024-07

**Besucheradresse**  
Eisenbahnstraße 37  
16225 Eberswalde

**Sprechzeiten der Kreisverwaltung**  
Dienstag 9 bis 18 Uhr  
Montag, Mittwoch bis Freitag  
Termine nach Vereinbarung

Aktuelle Informationen im Internet unter  
**www.barnim.de**

**Bankverbindung**  
Sparkasse Barnim  
IBAN: DE31 1705 2000 2310 0000 03  
BIC: WELA DE D1 GZE  
Gläubiger-ID: DE 66 ZZZ 00000021576

**Telefonzentrale**  
03334 214-0

**Postfach**  
Postfach 100446, 16204 Eberswalde

Die genannte E-Mail-Adresse dient nur  
für den Empfang formloser Mitteilungen  
ohne digitale Signatur und/oder  
Verschlüsselung.

In der textlichen Festsetzung 2.2 wird eine Überschreitung der festgesetzten Oberkante baulicher Anlagen für technische Aufbauten und Solaranlagen geregelt. Eine Verringerung des Abstandes könnte jedoch insbesondere im Bereich der Freileitungen Probleme verursachen. Derartige Aufbauten, z.B. durch Solaranlagen können eine gebäudegleiche Wirkung hervorrufen. Es muss geprüft werden, ob auch noch eine Höhe von 19,5 m städtebaulich vertretbar wäre. Denn in der Begründung auf S. 29 im Absatz 4 wird bisher lediglich angeführt, dass eine Höhe von 16 m noch als verträglich eingeschätzt wird.

In der textlichen Festsetzung 3.1 ist ein Geh- und Fahrrecht für das Flurstück 80/2 aufgenommen worden. In der Planzeichnung ist jedoch nicht ersichtlich wo genau dieses Recht verortet ist. Dies ist zu ergänzen.

Nordöstlich des Geltungsbereiches befindet sich eine Landwirtschaftsfläche, die eine Lücke zwischen dem Bebauungsplan „Gewerbepark Seefeld“ und den in Rede stehenden Flächen des Bebauungsplanes „Gewerbepark Seefeld II“ bildet. Diese Fläche wurde im aktuellen Verfahren nicht in den Geltungsbereich aufgenommen. Es ist sinnvoll diesen Bereich einer städtebaulichen Steuerung zuzuführen, da sich die Fläche mit Inkrafttreten des Bebauungsplans sowieso im planungsrechtlichen Innenbereich befinden wird. Wenn die landwirtschaftliche Fläche jedoch weiter bestehen soll, müsste sich die weiterführende Planung mit dieser Fragestellung auseinandersetzen oder ggfs. Im Bebauungsplan Rechte sichern.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans soll in Teilen den Geltungsbereich anderer, bereits bestehender Bebauungspläne überlagern und ersetzen. Außerhalb des Geltungsbereiches des neuen Bebauungsplans soll die Rechtskraft der alten Pläne unverändert fortbestehen. Im Sinne der Planklarheit ist daher auch in der Planzeichnung und der Begründung deutlich zu machen, dass die zeichnerischen Festsetzungen des Ursprungsbebauungsplans vollständig durch die des Änderungsbebauungsplans ersetzt werden, sowie ob und wie die textlichen Festsetzungen des Ursprungsbebauungsplans geändert werden. In der Planzeichnung sind ebenfalls die überlagerten Flächen der alten Pläne kenntlich zu machen.

In den beiden alten Plänen muss weiterhin ein Hinweis aufgenommen werden, dass diese oder jene Festsetzungen außer Kraft treten (siehe Land Brandenburg / Arbeitshilfe Bebauungsplanung / Dezember 2022 7 / 8)

In der Begründung auf S. 30 wird ein Mindestabstand der Bebauung zum geplanten Regenrückhaltebecken erwähnt, der auch in der Planzeichnung durch die Begrenzung der Baufelder ersichtlich ist. Dieser Abstand gilt aber nur für die Errichtung Hauptanlagen. Nebenanlagen wären auch außerhalb der Baufelder möglich. Es sollte daher eine zusätzliche Festsetzung aufgenommen werden, die den Mindestabstand für alle baulichen Anlagen sichert.

In den textlichen Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung wurden Betriebe des Transportgewerbes ausgeschlossen. Die dazu angeführte Begründung einer subjektiven Einschätzung eines hohen Verkehrsaufkommens ist jedoch nicht nachvollziehbar. Denn gleichwohl sind im Gewerbegebiet Betriebe zulässig, die im

Vergleich zum Transportgewerbe ein möglicherweise weitaus höheres Verkehrsaufkommen verursachen. So haben z.B. Produktionsbetriebe oder Tankstellen einen ständigen An- und Abfahrtsverkehr und sollen dennoch allgemein zulässig sein.

Ebenso werden Vergnügungsstätten ausgeschlossen, die laut Begründung eher in Wohnlagen errichtet werden sollen. Es ist nachvollziehbar kleinteilige Wettbüros oder Spielotheken in der Nähe von Wohnstätten unterzubringen, jedoch sollten beispielsweise Großraumdiskotheken gerade nicht in der Nähe von Wohnstätten zu finden sein. Es gilt daher zu differenzieren.

Für eine bessere Übersicht bei der Prüfung der Entwurfsunterlagen ist es hilfreich sowohl ein Begründungsdokument als auch eine separate Planzeichnung als pdf-Dokument zu erhalten.

Es ist auf die Aktualität der Rechtsgrundlagen zu achten.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind bisher keine Erschließungsstraßen geplant. Bauordnungsrechtlich wird darauf hingewiesen, dass im weiteren Verfahren und spätestens bei der Parzellierung der künftigen Flurstücke die vorherige Beantragung einer evtl. Privatstraße erfolgen muss. Diese muss zuerst als Bauantrag eingereicht und genehmigt werden. Bei einer Parzellierung ohne Privatstraße wären die neuen Flurstücke nicht erschlossen und die geplanten Vorhaben unzulässig.

## **2.2. Untere Naturschutzbehörde**

Ansprechpartner ist Herr Pächnatz , Tel. 03334 214-1582

Die Abgabe einer abschließenden Stellungnahme ist zum jetzigen Stand des Entwurfs nicht möglich, da der für die Beurteilung und Bewertung erforderliche Umweltbericht noch nicht vollständig vorliegt.

Folgende Hinweise können jedoch gegeben werden:

- Aufgrund der ergiebigen Niederschläge seit Dezember 2023 besteht die Möglichkeit, dass nun wieder temporär wasserführende Ackersenken im Plangebiet existieren (s. BOSCH & PARTNER 2012), die ggf. Lebensraum von Amphibien sind. Durch einen Artenschutzgutachter ist der Sachverhalt abzuklären.
- Je nach Ausführung des Regenrückhaltebeckens können Eingriffe in das Schutzgut Boden entstehen, die bilanziert werden müssen. Weiterhin muss bei den Varianten des Regenrückhaltebeckens immer der Lebensraum der Amphibien berücksichtigt und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen geplant werden.

## 2.3 SG Bevölkerungsschutz

Ansprechpartner ist Herr Blankenburg, Tel. 03334 214-1094

Dem vorliegenden Antrag wird aus der Sicht des Sachgebietes Bevölkerungsschutzes als Brandschutzdienststelle unter Auflagen zugestimmt.

- Löschwasserversorgung

Die Gemeinden müssen im Land Brandenburg entsprechend dem Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz § 3 Abs. 1 Nr. 1 eine angemessene Löschwasserversorgung gewährleisten. Diese ist gegeben, wenn die Anforderungen des DVGW-Arbeitsblattes W 405 erfüllt sind. Aufgrund der geplanten Bebauung mit einem Gewerbegebiet ist eine rechnerische Wasserentnahme von 96 m<sup>3</sup>/h über 2 Stunden bei der Beantragung zu Bauvorhaben gem. Arbeitsblatt W405 als Grundsatz sicherzustellen. Ein Löschwasserbedarf, der aufgrund der baulichen Gegebenheiten über den Grundsatz von 96 m<sup>3</sup>/h hinausgeht, ist durch den jeweiligen Bauherrn sicherzustellen.

Im Entwurf des Bebauungsplanes ist die Sicherstellung der Löschwasserversorgung durch einen zentrale Löschwasserbehälter geplant. Der geplante Löschwasserbehälter befindet sich dennoch ca. 300 m von den letzten Baufeldern entfernt. Zwar muss die gesamte geforderte Löschwassermenge im Löschbereich von 300 m vorliegen, Das Löschwasser für den Erstangriff sollte jedoch im Bereich von höchstens 150 m vorhanden sein.

Mit der Aufstellung einer entsprechenden Bauleitplanung ist der Grundsatz für die Löschwasserversorgung jederzeit sicherzustellen.

Rechtsgrundlagen: § 3 Abs 1 BbgBKG; DVGW-Arbeitsblatt W 405; DVGW-Arbeitsblatt W 331

- verkehrliche Erschließung

Die innere Erschließung des Gewerbegebietes ist im Bebauungsplan noch nicht dargestellt. Gem. Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) §5 müssen Gebäude, die sich ganz oder in Teilen mehr als 50 Meter von der öffentlichen Straße befinden, eine Zufahrt und entsprechende Bewegungsflächen haben, die der Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr entsprechen. Die Sicherstellung dieser Flächen sind bei der Beantragung der konkreten Bauvorhaben zu berücksichtigen. Bei Ausgedehnten Gebäudekomplexen sind zusätzlich Umfahrungen notwendig

Rechtsgrundlagen: §5 BbgBO; MIndBauRL; Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr

Für Rückfragen und Abstimmungen stehen folgende Ansprechpartner zur Verfügung:  
Brandschutzdienststelle, Hr. Blankenburg,

Tel.: 03334 214 1094,

Fax: 03334 214 2081,

Email: [bsd@kvbarnim.de](mailto:bsd@kvbarnim.de)

## **2.4 Untere Wasserbehörde**

Ansprechpartner ist Herr Schüler, Tel. 03334 214-1521

Bei der Aufstellung des Bebauungsplans wird von vornherein eine zentrale Ableitung des Niederschlagswassers präferiert, ohne dass dezentrale Varianten untersucht werden. Dies ist nicht zeitgemäß und läuft der Wasserrahmenrichtlinie zuwider, da die Grundwasserneubildung stark beeinträchtigt wird.

Insbesondere führen die drastischen Flächenversiegelungen zu einer Vergrößerung oder Beschleunigung des Wasserabflusses. Dies wirkt konträr zu den stark zunehmenden Extremniederschlagsereignissen und befördert Schäden durch nachteilige Hochwasserfolgen. Hier sehen wir die allgemeinen Sorgfaltspflichten (§ 5 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)) verletzt.

## **2.5 Untere Straßenverkehrsbehörde**

Ansprechpartnerin ist Frau Timmreck, Tel. 03334 214-1413

Gegen die geplante Maßnahme bestehen seitens der Unteren Straßenverkehrsbehörde keine Einwände, folgende Hinweise sind jedoch bei der weiteren Planung zu beachten:

Die Aufstellung amtlicher Verkehrszeichen erfordert stets eine verkehrsregelnde Anordnung nach § 45 der Straßenverkehrsordnung (StVO) durch die Untere Straßenverkehrsbehörde, die in einem separaten Verfahren zu prüfen ist.

Für neu geschaffene oder wesentlich geänderte Straßenverkehrsanlagen, die mit amtlichen Verkehrszeichen zu versehen sind, sind die entsprechenden Verkehrszeichenpläne durch den jeweiligen Vorhabenträger bei der unteren Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Barnim zur Anordnung per E-Mail an [verkehrslenkung@kvbarnim.de](mailto:verkehrslenkung@kvbarnim.de) einzureichen. Den Verkehrszeichenplänen ist ein begründeter Antrag zur Maßnahme beizufügen.

Sofern durch das Vorhaben öffentliche Verkehrsflächen in Form von Arbeitsstellen an Straßen betroffen sein sollten, ist vom beauftragten Bauunternehmen in der unteren Straßenverkehrsbehörde gem. § 45 (6) StVO rechtzeitig ein Antrag auf verkehrsrechtliche Anordnung zur Sicherung der Arbeitsstelle(n) unter Vorlage des jeweiligen Verkehrszeichen- oder Regelplans einzureichen. Die Hinweise aus den Richtlinien zur Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21) sind hier einzuhalten. Es ist mit einer Bearbeitungszeit von mindestens 3 Wochen zu rechnen. Der Antrag ist an [svb@kvbarnim.de](mailto:svb@kvbarnim.de) zu richten.

## **2.6 Öffentlich-Rechtliche Entsorgung**

Ansprechpartnerin ist Frau Richter, Tel. 03334 214-1500

Der Landkreis Barnim (LK) hat in seiner Eigenschaft als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (örE) dafür zu sorgen, dass die ihm ob-liegenden hoheitlichen Aufgaben aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, dem Brandenburgischen Abfallgesetz, den dazu ergangenen Verordnungen sowie der derzeit gültigen Satzung über die Abfallentsorgung im LK Barnim umgesetzt und durchgeführt werden. Entsprechend § 9 der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Barnim muss jedes Grundstück, auf dem Abfälle anfallen können, an die Abfallentsorgung angeschlossen werden (Anschlusszwang). Im Landkreis Barnim erfolgt die Durchführung der Abfallentsorgung vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger beauftragte Entsorgungsunternehmen mittels 3-achsiger Entsorgungsfahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 26 t.

## **3 Keine Hinweise und Anregungen**

Folgende Ämter und Sachgebiete haben zum geplanten Vorhaben keine Hinweise und Anregungen:

- Untere Denkmalschutzbehörde
- Liegenschafts-/Schulverwaltungsamt
- Untere Abfallwirtschaftsbehörde
- Untere Bodenschutzbehörde
- SG Landwirtschaft
- Katasterbehörde
- Verbraucherschutz- und Gesundheitsamt
- Bereich ÖPNV/Radverkehr

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

Julia Hieronimus  
Sachbearbeiterin Bauleitplanung





LAND BRANDENBURG

**Landesamt für Umwelt**

Abteilung Technischer Umweltschutz 2

Landesamt für Umwelt  
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Stadt Werneuchen  
Am Markt  
16356 Werneuchen

Bearb.: Frau Heike Hawaleschka  
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-  
3700/261+84#68906/2024  
Hausruf: +49 355 4991-1365  
Fax: +49 331 27548-2659  
Internet: [www.lfu.brandenburg.de](http://www.lfu.brandenburg.de)  
[TOEB@LfU.Brandenburg.de](mailto:TOEB@LfU.Brandenburg.de)

Cottbus, 23.02.2024

**Bebauungsplans „Gewerbepark Seefeld II“ der Stadt Werneuchen, OT Seefeld**

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 23.01.2024
- Begründung, September 2023
- Planzeichnung, September 2023
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, 15.02.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zu-

Besucheranschrift:  
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:  
Seeburger Chaussee 2  
14476 Potsdam  
OT Groß Glienicke



ständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

H. Hawaleschka

Dieses Dokument wurde am 23.02.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplans „Gewerbepark Seefeld II“ der Stadt Werneuchen, OT Seefeld
Ansprechpartnerin: Referat: Telefon: E-Mail:	Frau Börner T22 03332 29 108 22 <a href="mailto:TOEB@LfU.Brandenburg.de">TOEB@LfU.Brandenburg.de</a>

*Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.*

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

#### 1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

##### a) Einwendung

##### b) Rechtsgrundlage

##### c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

#### 2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

##### a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

Der Standort ist geprägt durch die bestehende Situation vorhandener baulicher Nutzungen und die Vorbelastung, insbesondere die durch Geräuschemissionen im Nachtzeitraum hervorgerufen werden. Im Umweltbericht sind die bau- und betriebsbedingten Auswirkungen der geplanten Vorhaben zu ermitteln und zu bewerten.

##### Geräusche

Das Vorhaben erfordert die gutachterliche Ermittlung und Bewertung der durch die Vorhaben

hervorgerufenen Geräuschimmissionen einschließlich der Vorbelastung im Umfeld der nächstgelegenen schutzwürdigen Bebauungen unter Berücksichtigung des zu erwartenden Verkehrsaufkommens.

#### Schattenwurf

Weiterhin erfordert die Zulässigkeit von Windenergieanlagen eine gutachterliche Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen durch Schattenwurf.

#### Auswirkungen schwerer Unfälle in Betriebsbereichen

Da die Zulässigkeit von Anlagen mit einem Betriebsbereich im § 3 Abs.5a BImSchG nicht ausgeschlossen ist, erfordert das Vorhaben im Umweltbericht nach Anhang 1 Nr. 2 ee) BauGB eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung zu den Risiken für die menschliche Gesundheit die durch Unfälle in Betriebsbereichen hervorgerufen werden.

Betriebswohnungen innerhalb des Geltungsbereiches erfordern als heranrückende schutzbedürftige Nutzung eine Berücksichtigung der vorhandenen Situation durch Geruchs- und Lärmimmissionen und die Einstellung des Bestandsschutzes der vorhandenen emittierenden Anlagen im nahen Umfeld.

Ich verweise auf die Hinweise unter Pkt. 4.

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

### 3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

### 4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

#### 1. Planungsziel

Der Grundstückseigentümer beabsichtigt die Entwicklung eines Gewerbegebietes. Der geltende rechtskräftige BP „Solarpark Werneuchen I“ soll hierfür geändert werden.

Festgesetzt werden soll u.a. ein Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO. Allgemein zulässig sollen Gewerbebetriebe aller Art einschließlich zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus solarer Strahlungsenergie oder Windenergie, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe und Anlagen

für sportliche Zwecke sein. Die Zulässigkeit von Betriebswohnungen soll ausnahmsweise gegeben sein.

Betrieb des Transportgewerbes sollen unzulässig sein.

Zur Vermeidung eines Konfliktes zur vorhandenen Wohnbebauung nördlich der B 158 soll in einem Abstand hierzu von 100 m ein eingeschränktes Gewerbegebiet festgesetzt werden. Die Einschränkung betrifft den Störgrad der zulässigen Betriebe. Im eingeschränkte Gewerbegebiet soll nur die Zulässigkeit von nicht wesentlich störenden Betrieben gegeben sein. Zulässig sollen auch hier u.a. Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus solarer Strahlungsenergie oder Windenergie sein. Auf den baulichen Anlagen soll die Zulässigkeit von Photovoltaik und technischen Anlagen wie Lüftern gegeben sein.

Das Vorhaben erfordert die Änderung des Flächennutzungsplanes. Das Landesamt für Umwelt wurde hierzu parallel zur 21. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Stellungnahme aufgefordert.

## **2. Stellungnahme**

### **2.1 Rechtsgrundlagen**

Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen

Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)<sup>1</sup> sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen hervorgerufene Auswirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ (2023).

Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

Anforderungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen mit Pflichten der Betreiber von Anlagen sind in den §§ 5, 22 und § 66 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz Anlagen und in den Verordnungen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wie der 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung)<sup>2</sup>, der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm)<sup>3</sup> ggf. i.V. mit der WKA-Geräuschemissionserlass<sup>4</sup> und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft

<sup>1</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)

<sup>2</sup> Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV) vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2020 (BGBl. I S. 2334)

<sup>3</sup> Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI. S. 503), zuletzt geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift vom 01. Juni 2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)

<sup>4</sup> Anforderungen an die Geräuschemissionsprognose und die Nachweismessung von Windkraftanlagen (WKA) - (WKA-Geräuschemissionserlass) -

Erlass des Abteilungsleiters Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz vom 24. Februar 2023

<sup>5</sup> Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 18. August 2021 (GMBI. S. 1050)

<sup>6</sup> Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zur Ermittlung und Immissionsschutz

(TA Luft)<sup>5</sup>, der WEA-Schattenwurf-Leitlinie<sup>6</sup>, der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV)<sup>7</sup> geregelt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie<sup>8</sup> ermittelt und bewertet. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm –Geräuschimmissionen (AVV-Baulärm<sup>6</sup> gilt für den Betrieb von Baumaschinen auf Baustellen und beinhaltet Bestimmungen zur Anordnung von Immissionsrichtwerten zum Schutz der Nachbarschaft.

Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).

## 2.2 Immissionsschutz

### Umfeld

Das Umfeld ist geprägt durch

- einzelne Wohnhäuser (Blumberger Chaussee Nr. 4 und 5), die sich im Außenbereich befinden,
- weitere vorhandene Wohnbebauung im Geltungsbereich des BP „Gewerbepark Seefeld“ in Entfernungen von > 700 m im jeweils festgesetzten MI
  - südlich der Straße Gewerbeparkstraße und östlich Akazienstraße (Festsetzung MI beginnt bereits östlich Lindengasse) sowie
  - der Wohnbebauung im Bereich Ulmenstraße Nr. 1-34,
- die Vorbelastung infolge der Standorte vorhandener emittierender Anlagen u.a. Windenergieanlagen (WEA),
- die Festsetzungen der rechtswirksamen Bebauungspläne (u.a. Gewerbepark Seefeld mit MI, GE und GI) sowie
- dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan „Gewerbepark Seefeld-Süd und
- durch das Verkehrsaufkommen auf der B 158.

Zum Wohnhaus Nr. 5 (Bahnwärterhaus) wurde unter Pkt. 3.1 ausgeführt, dass das Gebäude nicht mehr bewohnt ist. Hierzu ist darzulegen, ob ein Bestandsschutz für die Wohnnutzung besteht. Besteht ein Bestandsschutz, ist das Gebäude als schutzwürdige Nutzung zu berücksichtigen.

### Umweltbericht

Infolge der Vorbelastung an Geräuschimmissionen im Umfeld des Geltungsbereiches ist ein Konflikt, auch unter Berücksichtigung der Festsetzung des eingeschränkten Gewerbegebietes, zwischen dem Vorhaben der uneingeschränkten Entwicklung des Gewerbegebietes und den vorhandenen schutzbedürftigen Nutzungen nicht auszuschließen.

Im Umweltbericht ist gutachterlich zu ermitteln und zu bewerten, ob unter Berücksichtigung der Vorbelastung eine uneingeschränkte Entwicklung des Gewerbegebietes durch Geräuschemissionen gegeben ist. Ggf. sind geeignete Maßnahmen der Minderung zu ermitteln, die als Festsetzung in den Bebauungsplan zur Vermeidung von Konflikten aufgenommen werden können.

Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen (WEA-Schattenwurf-Leitlinie) vom 24. März 2003 (ABl. S. 498), zuletzt geändert durch Erlass vom 2. Dezember 2019 (ABl. 2020 S. 11)

<sup>5</sup> Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 18. August 2021 (GMBl. S. 1050)

<sup>7</sup> Achtzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Sportanlagenlärmschutzverordnung – 18.BImSchV vom 8. Oktober 2021 (BGBl. S. 4644)

<sup>8</sup> Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 (ABl. S. 691), zuletzt geändert durch Erlass vom 17. September 2021 (ABl. S. 779)

Immissionsschutz

Die Zulässigkeit von Windenergieanlagen erfordert eine Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen durch Schattenwurf. Zu ermitteln ist, ob die Auswirkungen von WEA durch Schattenwurf einem Vollzug der Nutzung entgegenstehen.

Empfohlen wird, die optische Bedrängungswirkung zu beachten. Derzeit wird hierfür der Abstand von mind. dem Dreifachen der Gesamthöhe einer Windkraftanlage herangezogen.

Weiterhin ist zu ermitteln, ob die ausnahmsweise Zulässigkeit von Betriebswohnungen mit dem Schutzanspruch eines Gewerbegebietes im Sinne von TA Lärm Nr. 6.1b) und der TA Luft Anhang 7 sich gegenüber Geräusch- und Geruchsimmissionen zu den vorhandenen angrenzenden emittierenden Nutzungen z.B.

- Mogat-Werke A. Böving GmbH (genehmigungsbedürftige Anlage zur Herstellung von Bitumengetränkte Dachbahnen; 4. BImSchV Nr. 5.4V),
- Zentrallager Adli-Seefeld

als heranrückende schutzbedürftige Bebauung darstellt. Darzulegen ist, dass sich das zu berücksichtigende Schutzniveau für vorhandene Betriebe nicht ändert.

#### Auswirkungen schwerer Unfälle

Die Zulässigkeit von Anlagen mit einem Betriebsbereich im § 3 Abs.5a BImSchG ist nicht ausgeschlossen. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes sind nach § 1 Abs. 6 Nr. 7j) BauGB die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, auf die Belange nach den Buchstaben a bis d und i zu berücksichtigen. Das Vorhaben erfordert im Umweltbericht eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung nach BauGB Anhang 1 Nr. 2 ee) BauGB.

Im Sinne § 50 BImSchG sind die Flächen einander so zuzuordnen, dass von schweren Unfällen in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen so weit wie möglich vermieden werden.

### **3. Fazit**

Die Festsetzung der eingeschränkten Nutzung des Gewerbegebietes kann zur Vermeidung von Konflikten nicht geeignet sein.

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Situation

- durch das Aneinandergrenzen des Geltungsbereiches an schutzwürdige Nutzungen (u.a. einzelne Wohnhäuser) sowie
- dem Einwirkungsbereich weiterer vorhandener emittierender Anlagen im Umfeld (u.a. WEA)

kann derzeit ein Konflikt zwischen den Nutzungen durch typische Auswirkungen der Geräuschemissionen des Gewerbegebietes nicht ausgeschlossen werden. Als typisch werden die flächenbezogenen Schallleistungspegel des Tag- und Nachtzeitraumes für ein Gewerbegebiet von  $L_w'' = 60 \text{ dB(A)}$  nach Nr. 5.2.3 der DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ herangezogen.

### **4. Mitteilung**

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Die Planung berührt immissionsschutzrechtliche Belange. Das Landesamt für Umwelt, ist im weiteren Verfahren auf Grundlage von § 4 Abs. 2 BauNVO zu beteiligen.





50Hertz Transmission GmbH – Heidestraße 2 – 10557 Berlin

Stadt Werneuchen  
Sachgebiet Bauverwaltung  
Am Markt 5  
16356 Werneuchen

**Bebauungsplan „Gewerbepark Seefeld-Süd II“ im Ortsteil Seefeld der Stadt Werneuchen - frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Frau Brandt,

Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten.

Folgende Unterlagen lagen uns zur Einsichtnahme vor:

- *Planzeichnung,*
- *Begründung,*
- *Machbarkeitsstudie Regenrückhaltebecken.*

Im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes befinden sich unsere

- **380-kV-Leitung Neuenhagen – Wustermark – Hennigsdorf 527/529/528 von Mast-Nr. 27\_1 - 30\_1 derzeit in Betrieb als 220-kV-Leitung Neuenhagen - Wustermark - Hennigsdorf 293/294,**
- **380-kV-Leitung Altentreptow/Süd - Neuenhagen 517/520 von Mast-Nr. 314 – 316,**
- **380-kV-Leitung Vierraden - Neuenhagen 483/484 von Mast-Nr. 316 – 318 derzeit in Betrieb als 220-kV-Leitung Neuenhagen-Pasewalk-Bertikow-Vierraden 303/304.**

Die Leitungsverläufe sind in den eingereichten Unterlagen enthalten. **Unsere 220-kV-Leitung Neuenhagen - Pasewalk - Bertikow - Vierraden 303/304 ist im Plangebiet vollständig zurückgebaut. Wir bitten Sie, die 380-kV-Leitung Bertikow – Neuenhagen 481/482 in der Planzeichnung in 380-kV-Leitung Vierraden – Neuenhagen 483/484 umzubenennen.**

**50Hertz Transmission GmbH**

OGZ  
Netzbetrieb Zentrale

Heidestraße 2  
10557 Berlin

Datum  
23.02.2024

Unser Zeichen  
**2024-000509-01-OGZ**

Ansprechpartner/in  
Frau Froeb  
Herr Zenner

Telefon-Durchwahl  
030/5150-6710

Fax-Durchwahl

E-Mail  
leitungsauskunft@50hertz.com

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom  
23.01.2024

Vorsitzende des Aufsichtsrates  
Catherine Vandenborre

Geschäftsführer  
Stefan Kapferer, Vorsitz  
Dr. Dirk Biermann  
Sylvia Borchering  
Dr. Frank Golletz  
Marco Nix

Sitz der Gesellschaft  
Berlin

Handelsregister  
Amtsgericht Charlottenburg  
HRB 84446

Bankverbindung  
BNP Paribas, NL FFM  
BLZ 512 106 00  
Konto-Nr. 9223 7410 19  
IBAN:  
DE75 5121 0600 9223 7410 19  
BIC: BNPADEFF

USt.-Id.-Nr. DE813473551



Die in der Begründung bereits enthaltenen Restriktionen bitten wir in den entsprechenden Textstellen wie folgt zu ergänzen:

Datum  
23.02.2024

SEITE/UMFANG  
2/5

An den Freileitungsschutzstreifen grenzt darüber hinaus beidseitig ein Bereich mit einer Breite von ca. 15 m, in welchem eine Einwirkung auf den Freileitungsschutzstreifen durch Bau- und Pflanzmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden kann. Geplante Maßnahmen sowie die Bautechnologie sind auch für diesen Bereich zwingend mit 50Hertz abzustimmen.

Die Maststandorte sind im Umkreis von 25 m um den Mastmittelpunkt von Bebauung und Bepflanzung freizuhalten. Die Baugrenze ist in der Planzeichnung dementsprechend anzupassen. Die Zugänglichkeit zu den Maststandorten muss jederzeit gewährleistet sein.

Für jegliche Nutzungsänderungen (auch temporär) im Freileitungsbereich und bei Bau- und Pflanzmaßnahmen ist die Zustimmung des Leitungsbetreibers beim Regionalzentrum Mitte, Standort Neuenhagen, Am Umspannwerk 10, 15366 Neuenhagen (E-Mail: [leitungsauskunft-rzmitte@50hertz.com](mailto:leitungsauskunft-rzmitte@50hertz.com)) einzuholen. Konkrete Planungsunterlagen, z. B. über Standorte und Höhe einer vorgesehenen baulichen Veränderung, Bepflanzung etc., sind möglichst frühzeitig der 50Hertz Transmission GmbH zur Kenntnis zu geben, um die Voraussetzungen zum Erteilen einer Zustimmung gemeinsam klären zu können.

#### 380-kV-Leitung Vierraden - Neuenhagen 483/484:

Für das 50Hertz-Leitungsbauvorhaben Uckermarkleitung liegt ein bestandskräftiger Planfeststellungsbeschluss vom 17.07.2014 in Gestalt des 3. Planänderungsbeschlusses vom 16.07.2021 des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR, Az. 27.2-1-15) vor. Das Gesamtvorhaben befindet sich seit November 2020 im Bau und ist im Geltungsbereich des B-Plans bereits fertig gestellt.

#### Speziell zum Bebauungsplan:

1. Die Flächen für die Neupositionierung des Regenrückhaltebeckens liegen im Schutzstreifen unserer 380-kV-Leitungen Neuenhagen – Wustermark – Hennigsdorf 527/529/528 und 380-kV-Leitung Altentreptow/Süd - Neuenhagen 517/520. Da gemäß Begründung, Seite 26, Punkt 4 „Planungskonzept“ sowie Seite 32 f. Punkt „Flächen für die Rückhaltung von Regenwasser“ die genaue Lage, Größe und die technischen Details auch bzgl. des geplanten Doppelpumpwerkes im Rahmen des weiteren Bebauungsplanverfahrens präzisiert werden sollen, bitten wir um Übergabe der entsprechenden Unterlagen, sobald diese vorliegen.

**Für den Rückbau des bestehenden Regenrückhaltebeckens inklusive Rohrleitung ist vier Wochen vor Baubeginn die Zustimmung beim Regionalzentrum Mitte (Adresse siehe oben) einzuholen.**

2. Zu den gemäß textlicher Festsetzung 1.1 und 1.2 ausnahmsweise zulässigen Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter weisen wir darauf hin, dass

Datum  
23.02.2024

SEITE/UMFANG  
3/5

- a) durch den Leitungsbetrieb signifikante Geräuschemissionen möglich sind, die in den Abend- und Nachtstunden nicht abnehmen. Hinsichtlich der Einstufung nach TA-Lärm sind unsere vorgenannten Freileitungen bei Schalluntersuchungen/-gutachten zu berücksichtigen.
- b) sichergestellt werden muss, dass der Nachweis der Einhaltung der Grenzwerte der 26. BImSchV innerhalb der Freileitungsschutzstreifen im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Baugenehmigungsverfahrens nachgewiesen werden muss. Dies ist mittels textlicher Festsetzung sicherzustellen.

3. Zum Maß der baulichen Nutzung gemäß textlicher Festsetzungen 2.1 und 2.2:

Die textlichen sowie zeichnerischen Festsetzungen sind im Bereich der Freileitungsschutzstreifen aufgrund der bestehenden Höhenbeschränkungen nach DIN EN 50341-1 zu konkretisieren. Dies könnte aus Sicht der 50Hertz wie folgt geschehen:

Textliche Festsetzung 2.1:

Auf der Teilfläche des Gewerbegebietes im Freileitungsschutzstreifen der Leitung 517/520, für die eine maximale Höhe der Oberkante baulicher Anlagen **von 82,90 m über NHN** festgesetzt ist, darf die Höhe um bis zu 2,0 m überschritten werden, wenn die Dachneigung mehr als 15 Grad beträgt. Für feuergefährdete Einrichtungen wie Tankstellen gilt eine maximale Höhe der Oberkante von **76,90 m ü. NHN**. Für Sportanlagen gilt eine maximale Höhe der Oberkante von **79,90 m ü. NHN**.

Auf der Teilfläche des Gewerbegebietes im Freileitungsschutzstreifen der Leitung 483/484, für die eine maximale Höhe der Oberkante baulicher Anlagen **von 96,20 m über NHN** festgesetzt ist, darf die Höhe um bis zu 2,0 m überschritten werden, wenn die Dachneigung mehr als 15 Grad beträgt. Für feuergefährdete Einrichtungen wie Tankstellen gilt eine maximale Höhe der Oberkante von **90,20 m ü. NHN**. Für Sportanlagen gilt eine maximale Höhe der Oberkante von **90,20 m ü. NHN**.

Auf der Teilfläche des Gewerbegebietes im Freileitungsschutzstreifen der Leitung 527/529/528, für die eine maximale Höhe der Oberkante baulicher Anlagen **von 96,90 m über NHN** festgesetzt ist, darf die Höhe um bis zu 2,0 m überschritten werden, wenn die Dachneigung mehr als 15 Grad beträgt. Für feuergefährdete Einrichtungen wie Tankstellen gilt eine maximale Höhe der Oberkante von **90,90 m ü. NHN**. Für Sportanlagen gilt eine maximale Höhe der Oberkante von **93,90 m ü. NHN**.

## Textliche Festsetzung 2.2

Datum  
23.02.2024

SEITE/UMFANG  
4/5

Technische Aufbauten und Solaranlagen dürfen die festgesetzte Höhe baulicher Anlagen um bis zu 3,5 m überschreiten (§ 16 Abs. 6 BauNVO). Dies gilt nicht im Freileitungsschutzstreifen der 380-kV-Leitungen, da sonst die Mindestabstände gemäß DIN EN-50341-1 nicht eingehalten werden können.

### **Alternativ könnte durch eine zusätzliche textliche Festsetzung die Problematik der Höhenbeschränkungen in den Freileitungsschutzstreifen wie folgt gelöst werden:**

Die Einhaltung der Mindestabstände nach DIN EN 50341-1 für die entsprechend Punkt 1 der textlichen Festsetzungen zulässige Art der baulichen Nutzung innerhalb der Freileitungsschutzstreifen sind im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Baugenehmigungsverfahrens durch eine seilmechanische Berechnung nachzuweisen. 50Hertz ist hierfür am Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen.

4. Die gemäß textlicher Festsetzung 4.6 im Bereich der „Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft mit der Bezeichnung "A"“ geplanten Haufwerke aus Rodungsstubben und Natursteinen **sind nicht im Freileitungsschutzstreifen unserer 380-kV-Leitung Neuenhagen – Wustermark – Hennigsdorf 527/529/528 anzulegen.** Hintergrund ist die jederzeit notwendige Zugänglichkeit unserer Freileitung für Instandhaltungs- und Havariebeseitigungsmaßnahmen.
5. Bei der zur Erschließung dienenden und neu zu errichtenden Gewerbeparkstraße und deren Verlängerung verweisen wir bei einer eventuellen Kreuzung mit unseren Freileitungen darauf, dass die Einhaltung des Mindestabstandes nach DIN EN 50341-1 nachzuweisen ist. Die Beurteilung der Kreuzung ist im Rahmen der Ausführungsplanung durch 50Hertz erforderlich.

### **Fazit:**

Da der Verlauf der Bebauungsgrenze auch Flächen innerhalb der Freileitungsschutzstreifens einschließt, stimmen wir dem B-Plan-Entwurf in der vorliegenden Form nicht zu.

Folgende Änderungen sind erforderlich:

- Übergabe der Planungsunterlagen zum Regenrückhaltebecken und der Versickerungsfläche sowie dem geplanten Doppelpumpwerk.
- Übernahme der o. g. Inhalte in die Planunterlagen (siehe Seite 1 f. dieses Schreibens).
- Anpassung/Ergänzung der textlichen Festsetzungen gemäß unseren o. g. Anforderungen
- Übergabe eines Schallgutachtens mit Berücksichtigung unserer Freileitungen.

Wir bitten um weitere Beteiligung am BPlan-Verfahren sowie in den zukünftigen Baugenehmigungsverfahren.

Datum  
23.02.2024

SEITE/UMFANG  
5/5

Gern stehen wir Ihnen für ein klärendes Gespräch zur Umsetzung unserer Anforderungen in die Planunterlagen zur Verfügung.

Freundliche Grüße

50Hertz Transmission GmbH



Kretschmer



Froeb